



HESSISCHER LANDTAG

30. 04. 2026

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Energiekrise hausgemacht – politische Fehlentscheidungen als Preistreiber

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass die Dekarbonisierungspolitik – einschließlich der Energie- und Wärmewende – die hohen Steuern und Abgaben auf Energieträger – insbesondere der CO₂-Bepreisung – sowie die Sanktionspolitik zu extrem gestiegenen Energiepreisen und Heizkosten für private Haushalte in Hessen geführt haben.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes („BEHG“) und der sogenannten nationalen CO₂-Abgabe einzusetzen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Überführung des BEHG in das sogenannte ETS II nicht vollzogen wird und Deutschland sich nicht am ETS II beteiligt.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes („GEG“) und des Wärmeplangesetzes („WPG“), sowie sich gegen die Einführung des geplanten Gebäudemodernisierungsgesetzes („GMG“) einzusetzen. Zudem soll sie sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass die EPDB-Novelle („Energy Performance of Buildings Directive“) und das Erneuerbare-Energie-Gesetz der EU („RED III“) abgeschafft werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 30. April 2026

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe